

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg., ausschließlich Postgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telefon 18698.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Insertate werden die 6-spaltige Zeitspalte ober deren Raum mit 25 Pfg. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgebundene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expeditions: Tauchaer Str. 19/21. Telefon 3721. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Tageskalender.

Der Plan eines Branntweinmonopols wird sich nach den Meldungen des Berliner Lokal-Anzeigers unter den Steuerprojekten Sydows befinden.

Das Urteil im Militärmißhandlungsprozeß in Berlin lautete gegen Balk auf 1 Jahr 8 Monate 1 Tag Gefängnis und Degradation, gegen Holzappel auf 1 Jahr Gefängnis und Degradation, gegen Biermann auf 11 Monate 8 Wochen Gefängnis, gegen Walter auf 4 Wochen Gefängnis. Die Angeklagten Felschewski, Buchhop und Leutnant von Bütringslöwen wurden freigesprochen.

Die Agrarbewegung in Italien soll nach den letzten Meldungen wieder aufleben.

Kindertrödel.

Leipzig, 13. Juni.

Das war mal eine Lust für alle Kindsköpfe der bürgerlichen Presse! Die Leipziger Volkszeitung — hujuh! — hat den Abgeordneten einen Kindertrödel genannt! Frau Nachbarin, euer Fläschchen! Und nun regnet es seit einer Woche Verwünschungen! Wir hätten nie gedacht, daß Deutschland so viele faule Nessel produziert, wie in den letzten acht Tagen uns nachgeworfen wurden. Alle alten Weiber wurden mobil, in der Freisinnigen Zeitung und der Deutschen Tageszeitung, den Leipziger Neuesten Nachrichten und dem Reichsboten. Und selbst das kleine Blättchen in der Leipziger Abendzeitung suchte uns in die Waden zu beißen. An sich ist die Sache natürlich nicht der Rede wert. Der sogenannte „Treueid“ ist ein Ueberbleibsel aus dem Feudalstaat, wo alles auf der Gehorsamkeit des Befehlten gegen den Lehensherrn beruhte. Auch schworen die „getreuen“ Stände ihrem Herrn den „Treueid“, wie der seinerseits den Ständen wieder schwor, alle ihre Vorrechte anzuerkennen und aufrechtzuerhalten. Heute aber noch, im angeblich konstitutionellen Staat, den Volksvertretern einen „Treueid“ zuzumuten, ist ein lächerlicher Anachronismus, der lediglich beweist, daß wir noch gar keine wahre Konstitution haben, daß auch heute noch der Staat als das Privatigentum des Fürsten gilt — „Landesherr“ heißt er kaiserlichweise —, dem die Volksvertreter, wie weisand die guten Stände vor Olms Zeiten, einen persönlichen Treueid zu leisten haben. Friedrich Wilhelm IV., der Vater der sogenannten preussischen Verfassung, lebte bekanntlich völlig in dieser romantischen Staatsauffassung. Nach seiner Ansicht war der preussische Staat der Schemel seiner Füße, nur dazu bestimmt, seinem Gottesgnadentum als Unterlage zu dienen. Von der Idee des allförmlichen Ständestaats ist er nie abgekommen, und für ihn bedeutete der „Treueid“ der Dreiklassenparlamentarier in der Lat-

ein Gelöbniß persönlicher „Treue“. Er selbst freilich leistete den Eid auf die Verfassung nur mit dem inneren Vorbehalt, die Verfassung und damit den Eid jederzeit zu brechen, sobald es ihm paßte. Und bekanntlich hat Wilhelm, der spätere „Geldengreis“, als er zur Regentschaft kam, lange geschwankt, ob er überhaupt den Eid leisten solle oder nicht.

So ragt der „Treueid“ der Abgeordneten in unsere Zeit hinein wie ein Märchen aus vergangenen Zeiten. Er steht an innerem Wert auf gleicher Höhe mit den Verträgen, die heute noch die englischen Richter während der Verhandlung tragen müssen, oder mit dem Wollfad, auf dem heute noch der Sprecher des englischen Parlaments zu sitzen pflegt, zur Erinnerung an die Zeit des Mittelalters, wo die wirtschaftliche Blüte Englands auf der Wollindustrie beruhte. Keinem Menschen aber würde es im Vereinigten Königreich einfallen, sich zu entrüsten, wenn man den Parlaments-Wollfad oder die Justiz-Verträge als Kindertrödel bezeichnen würde. In Deutschland aber erhebt sich immer noch die so beliebte Sechsdreier-entrüstung, wenn man die entsprechenden Paritäten aus der Kumpfkammer des Feudalstaats als das bezeichnet, was sie sind, als Kindertrödel. Nur in einer Hinsicht besteht ein Unterschied zwischen dem englischen Wollfad und dem preussischen „Treueid“. Der Wollfad ist lediglich historische Reliquie. Der „Treueid“ dagegen soll nach dem Willen unserer Gegner auch heute noch eine lebendige Wirkung ausüben: er soll eine unbequeme Opposition dem Parlament fernhalten. Die ganze Wut der Gegner stammt nun daher, daß die schätzbare Reliquie diesen Zweck nicht mehr erfüllt, daß sie nicht einmal das Eindringen der Sozialdemokratie in die geheiligten Hallen des Reichstagsparlaments verhindern kann. Und nun entrüsten sich die komischen Leute darüber, daß geschworene Antimonarchisten dem Könige von Preußen Treue und Gehorsam schwören, als wären sie „die getreuen Stände“ aus der Kurmark. Dadurch bekommt der „Treueid“ allerdings einen starken Stich ins Lächerliche. Aber das ist doch nicht Schuld der Sozialdemokratie, sondern lediglich Schuld der herrschenden Klassen. Mögen sie doch den famosen „Treueid“ abschaffen, dann ersparen sie sich die Entrüstung.

Doch freilich! In andern Fällen kann die bürgerliche Gesellschaft auch anders! Während sie beim „Treueid“ von den Sozialdemokraten verlangen, daß sie in ihm mehr als eine bloße Formalität erblicken, verlangen sie beim F a h n e n e i d umgekehrt, daß sie ihn lediglich als eine Formalität ansehen. Bisher hat man noch keinem Sozialdemokraten daraus einen Vorwurf gemacht, daß er Soldat wurde, trotzdem er innerlich dem Fahneid nicht zustimmte. Er mußte einfach. Hier, wo es sich um drückende Lasten handelt, ist völlig der Eid eine Formalität, bei der kein Mensch fragt, ob der Schwörende mit ihm einverstanden ist oder nicht. Bei dem Treueid der Abgeordneten dagegen, wo es sich um gewisse Rechte der Massen handelt, soll das blutleere Gespenst plötzlich Leben und Farbe gewinnen, und nur der darf Volks-

vertreter werden, der die Formel ernst nimmt. Dann sei man aber doch auch konsequent und erkläre: nur der darf Soldat werden, der an den Fahneid glaubt.

Und wenn uns wenigstens die Herrschaften immer mit gutem Beispiel vorangegangen wären! Aber bis zum Regierungsantritt Friedrichs III. gab es noch keinen Hohenzollern, der nicht mit fröhlichster Unbefangenheit den Eid auf die Verfassung gemißhandelt hätte. Friedrich Wilhelm IV. leistete ihn, wie schon gesagt, unter dem geistigen Vorbehalt, ihn bei der ersten Gelegenheit zu brechen, wozu ihn seine Kamarilla unablässig anstachelte. Wilhelm I. befragte dann den Eidbruch selber. Jahrzehntlang regierte er wider die Verfassung, wobei ihn Bismarck als lustige Person unterstützte. Nach einem Worte von Friedrich Engels interpretierte Bismarck damals die Verfassung, wie ein Korpsbursch den Bierkomment, und daß dieses Wort den Nagel auf den Kopf traf, beweist die „Auslegung“, die damals Bismarck dem Verfassungseid des Königs gab. Er sagte: ein Eid auf die Verfassung kann nur bindend sein, wenn man es dem Vereidigten möglich macht, mit der Verfassung zu regieren. Wenn man das ihm aber unmöglich macht, so ist selbstredend der Eid auf die Verfassung weder für den Träger der Krone noch für seine Minister bindend.

So Wicelhering-Bismarck. Wie sagte der alte griechische Feldherr? Männer muß man durch Eide wie Kinder durch Wirtel betriegen. Man sieht: in den Augen der Herrschenden waren politische Eide nie etwas anderes als Kindertrödel, und ihr Born gilt nur der Taffache, daß sich die Beherrschten nicht mehr durch diesen Kindertrödel betören und betrügen lassen.

Wahlverwandtschaft.

Als der Besuch des englischen Königs beim Zaren bekannt wurde, sind, namentlich in England, viele Stimmen laut geworden, die darin etwas ungeheuerliches und unpassendes fanden. Nicht im Privatbesuch der Monarchen; wenn auch der eine der blutigsten Fenster des russischen Volkes und der andere der „vollendetste Gentleman“ Englands ist, so sind sie doch immer Keffe und Dinkel. Hier könnte also höchstens dem Philister, der sich gern seinen Fürsten als Inbegriff seiner eigenen Nation vorstellt, die Erinnerung an die Tatsache unangenehm berühren, daß die europäischen Völker von einer internationalen Sippe regiert werden, die, selbst weder englischer noch russischer noch deutscher Nation, das Amt hat, jeder Nation einen „nationalen“ Fürsten zu stellen. Daß aber Verwandte sich besuchen, kann ihnen keiner verübeln.

Dieser Besuch in Moskau ist jedoch kein privater Fürstenbesuch, sondern eine feierliche Kundgebung des Bündnisses der beiden Länder, d. h. nicht der Völker, sondern der Regierungen. Die Fürsten unarmen sich dort als Vertreter der herrschenden Klassen der beiden Länder, und deshalb haben sie auch ihre Minister mitgebracht. Daher der Ladel und die Kritik. England, das Land der Demokratie und der Kultur, schließt Freundschaft mit Rußland, dem Lande des Absolutismus und der Barbarei. England, der

Seuilleton.

Familie P. C. Behm.

Roman von Ottomar Enking.

Als das letzte Bild erloschen, das letzte Lied verklungen war, rief Peter Krellenberg von der Gasanstalt wieder: „Nicht — an!“ — Es wurde hell gemacht im Saale, man räumte Stühle und Apparate beiseite, Pastor Dorchert bekam ein recht warmes Glas Weingrog mit Rum, und die Posaunenjünglinge klangen wieder auf die Bühne und posauten.
Schelius kam, nachdem er seine Sachen ordentlich verpackt hatte, lächelnd und nickend in den Saal. Er fand aber seinen Stuhl von einem kurzschäftigen alten Herrn besetzt, der vom eigenen Plaze aus nicht recht hatte sehen können. Der wollte aufstehen, Schelius jedoch breitete wie segnend seine großen, ziemlich roten Hände aus und sagte: „O bitte, bitte, — ich finde schon.“ — Er sah sich um und fand, daß an dem Tisch, wo Behms saßen, neben Anna, ein Stuhl frei war. — Wenn Sie gültigst gestatten,“ stüsterte er und lächelte mit einem Mundbild alle Familienglieder an. Bernhard erhob sich, hand und lud ihn mit einer Handbewegung ein. P. C. Behm machte eine Art Verbeugung vom Sitz aus, Frau Behm drückte zusammen, als wollte sie einen Kniz machen, und Anna neigte eben den Kopf. — Schelius sah nun bei dem jungen Mädchen und bemerkte mit einem abermaligen Mundbild: „Ich heiße

Schelius.“ — „Angenehm,“ entgegnete Bernhard, „Behm mein Name, Postassistent. Mein Herr Vater, Kaufmann Behm, seine Frau Gemahlin, mein Fräulein Schwester.“ Das war die Vorstellung. Schelius wand den Hals nach allen Richtungen hin, besonders annützig jedoch war die Biegung, die er zu Anna machte. Und Bernhard dachte bei sich: Das ist nun einerlei, — so dies Vorstellen, das kann ich doch. Gentlemanlike-mang. Es ist nicht leicht, sich den nötigen Schliff anzueignen. Er erhob sein Glas und trank Herrn Schelius zu: „Erlaube mir Spezielles für ganz vorzügliche Lichtbilder.“ — „O bitte bitte danke sehr,“ dienernte Schelius und ließ sich schnell Bier bringen, um nachkommen zu können. Dazu trank er einen kleinen Kognak und meinte entschuldigend: „Man wird warm bei diesen Lichtbildern, und ich erlaube mich leicht.“ — Er goß den Kognak mit einem Wuppdig hinunter, und sein Adamsäpfel glitt ihm im Halse auf und ab, als ob er lustig würde von dem dunkelgelben Trank. Darauf fuhr Schelius, zu Anna gewandt, fort: „Ich trinke sonst nie Spirituosen, im Alkohol sitzt ein wahrer Teufel, und den sollen wir meiden.“ — Er hatte eine leise, langsame, feierliche Sprechweise, seine Stimme war etwas heiser. Anna nickte. — „Für das Geld,“ sagte er weiter, „das andere für die schädlichen Getränke, brauche ich mir lieber ein schönes Buch.“ Das sind Güter, die den inneren Menschen fördern.“ — „So,“ stimmte Anna zu. — „Aber es kommt doch vor, daß man einmal eine Kleinigkeit zu sich nehmen muß,“ setzte Schelius seine Rede fort, „gewissermaßen als Medizin, um den Körper vor Krankheiten zu hüten. Denn wir fallen des Leibes worten. Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach.“ — Anna nickte wieder. Bernhard mußte jetzt auch was sagen. „Natürlich,“ begann er, „Ge-

sundheit ist das halbe Leben. Und wissen Sie, wenn man anstrengenden Dienst hat, wie unsern zum Beispiel, auf dem Amt, bei dem kolossalen Betrieb, denn muß man direkt sein gewisses Quantum Bier trinken. Sonst wird man flau.“ — „So ist es, Herr Oberpostassistent,“ entgegnete Schelius geschmeidig, „jeder Mensch hat das Recht auf Erholung. Dazu sind die Gottesgaben geschaffen, daß wir sie weise und mit Maß genießen. Ich weiß, was anstrengender Dienst ist, glauben Sie mir das. Ich bin stellvertretender Bureauvorsteher bei Rechtsanwalt Liebke. Früher war ich Kaufmann,“ unterbrach er sich und sah P. C. Behm an, als wolle er dem eine Schmeichelei sagen, „aber das Juristische zog mich von jeher an. Leider konnte ich nicht studieren, weil mein Vater mir zu früh genommen verlassenen,“ wandte er sich zu Frau Behm, auf daß sie ihn bemitleiden sollte, „und so stehe ich allein auf dieser Welt.“ — Er faltete die Hände und sah mit schiefem Kopf in sein Bierglas. — „Ja, ja, so geht es manchmal,“ meinte P. C. Behm. Seine Frau fühlte Kühlung und fragte: „Haben Sie denn sonst keine Verwandte mehr?“ — „Nein,“ antwortete Schelius, „ich habe mich ohne irgend jemanden durchringen müssen. Und Gott der Herr hat mir gnädig geholfen. Wenn man ein gefestigter Charakter ist, widersteht man leicht den Versuchungen, die an einen heranreifen.“ — Anna schaute ihn prüfend an. Einen Augenblick durchzuckte es sie, ob er wohl prahlte, und sein Gesicht fand sie nicht gerade hübsch. Aber man sollte nie etwas auf das Aeußere geben, um danach einen Menschen zu beurteilen, sagt sie sich, — und wenn er fühlte, daß er ein gefestigter Charakter war, mußte sie ihm das glauben und ihn dafür achten. Bernhard war die Moralpaukerei, wie

Wort der Freiheit, wo jeder Bürger sich in seinem Hause selbstherrlich wie ein Fürst fühlt; Aufstand, das Land des Despotismus, wo man jeden Augenblick darauf rechnen muß, durch eine Laune eines betrunknen Stasakoffiziers ohne Grund ins Gefängnis geschleppt und erschossen zu werden. Ist ein größerer Gegensatz denkbar? Muß nicht jeder gebildete Engländer mit Abscheu und Ekel vor diesen blutigen Mordern erschauern, denen seine Minister jetzt in Neval die Hände drücken? Kein Wunder, daß unsere Genossen, die im Parlament die Regierung über diese Aufstande interpellierten, nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch in weiten Schichten des Bürgertums Beifall fanden. Zwar war die geheime Freundschaft für die russische Regierung und ihre Unterstützung schon seit einem Jahrhundert die Politik des englischen Liberalismus; aber die heutige offene und herzliche Freundschaftsbindung, gerade zur Zeit der schlimmsten Blutherrschaft in Rußland, ist für die englische Demokratie allzu kompromittierend und muß den bürgerlichen Ideologen schwer auf die Nerven fallen.

Der Minister verteidigte sich dadurch, daß er den trocknen Müßlingsstandpunkt hervorhob. In der Politik spielen Gefühlsbewegungen nicht mit; sogar mit dem Teufel würden wir uns verbünden, wenn es uns Vorteil brächte. Uns, der englischen Bourgeoisie sichert das russische Bündnis Vorteile; da brauchen wir uns um die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht zu kümmern.

Hier tritt die kalte, gewinnlüchtige, ideallose Moral der kapitalistischen Bourgeoisie klar zutage. Menschlichkeit, Kultur, Demokratie sind schöne Phrasen für Sonntagsgebrauch und um dem eignen Volk Sand in die Augen zu streuen, aber auf der Börse haben sie keinen Kurs, und die Politik ist ja Handelsgeschäft. Diese Erklärung schien offen und unverhüllt, war es trotzdem nicht. Denn der Minister ließ den Schein bestehen, als ob die herrschende Klasse nur mit Widerwillen, entgegen den eigenen Gefühlen, durch das leidige Interesse gezwungen, den russischen Senkern die Freundschaftshand bot. Hätte er ganz offen geredet, so hätten er so etwas wie Folgendes ausgesprochen:

„Meine Herren, wir fühlen uns sehr dadurch geschmeichelt, daß Sie uns so hoch über unsere russischen Freunde stellen; aber wir müssen diesen Vergleich zurückweisen: sie sind nicht soviel anders als wir. Nach Ihren Reden zu urteilen, wird uns in Neval eine Bande blutbedeckter Barbaren empfangen. Beruhigen Sie sich; die Herren, die wir dort begegnen, stehen ganz auf der Höhe der westeuropäischen Zivilisation; sie verfallen über dieselbe Bildung wie wir, sie würden eine Fierde unserer Salons sein und wären da von den ehrenwertesten Edelleuten unseres Landes nicht zu unterscheiden; kurz, sie sind Gentlemen wie wir. Diese Neugierlichkeit bekundet schon, daß sie nicht so schlimm sein können, wie Sie es darstellen.“

Sie sagen: aber diese Herren sind die Mörder ihres Volkes; Sie weisen darauf hin, daß in einem Jahre soviel Tausende von Russen getötet oder verkrüppelt werden oder langsam in den Gefängnissen hinsinken. Das ist allerdings sehr bedauerlich, aber haben wir Ursache, uns darüber zu entrüsten? Namentlich Sie, meine Herren Vertreter der Arbeiterklasse, sollten sich erinnern, daß in unserem eignen Lande alljährlich Tausende von Arbeitern der Industrie zum Opfer fallen, entweder sofort von den Maschinen getötet werden, oder verkrüppelt oder vergiftet ihr weiteres Leben elend und fränkend weitererschleppen müssen. Ihr habt ja selbst gegen uns die Anklage erhoben, daß wir durch die mangelhafte Inspektion der Fabriken die Unfälle verschulden und uns sogar Mörder dieser unglücklichen Opfer genannt. Das war eine ungerechte Beschuldigung; die Fabrikanten können ja keine Belästigung der Industrie ertragen, ohne ihre Konkurrenzfähigkeit einzubüßen, und die Wohlfahrt, ja das Bestehen des Landes beruht auf der Konkurrenzfähigkeit der Industrie. Wenn wir uns also damit abfinden müssen, daß Tausende unserer eignen Mitbürger im Interesse unseres Wirtschaftslebens zugrunde gehen, dürfen wir uns dann darüber empören, wenn in Rußland für die Aufrechterhaltung der Ordnung, jener Grundbedingung aller Wirtschaft, so viele Opfer fallen? Wenn Sie über Sibirien reden, erinnern Sie an den Londoner Ostend, wo nicht revolutionäre Staatsfeinde leiden, sondern ganz unschuldige Menschen elend verkrüppeln.

Sie sagen: in Rußland herrschen Gewalt und Willkür, dort sucht die Regierung sich durch blutige Grausamkeit gegen das Volk zu behaupten, während bei uns Gesetz und Freiheit herrschen. Wir wollen jedoch nicht besser scheinen

als wir sind; das Lob dafür kommt nicht uns, sondern Euch zu; das maßvolle Verhalten der englischen Arbeiter ist der Grund dafür, daß unsere Regierungsmethode so ganz anders als die russische sein kann. Wenn Sie aber den Versuch machen würden, uns durch revolutionäre Mittel die Herrschaft zu entreißen, glauben Sie dann etwa, daß wir uns das ruhig gefallen lassen? Glauben Sie etwa, daß wir Freiheit und Gesetz hochhalten würden, wenn das Volk sich dieser nicht wert zeigen und die göttliche Weltordnung in frevelhafter Weise umzustossen versuchen würde?

Sie sehen also, meine Herren, daß wir gar keinen Grund haben, uns für besser als unsere russischen Freunde zu halten. Gerade so wie sie leben wir von der Arbeit des Volkes; gerade so wie sie halten wir es für unvermeidlich, daß ein Teil des Volkes der Erhaltung dieser Gesellschaftsordnung zum Opfer fällt; gerade so wie sie betrachten wir diese Ordnung, in der wir herrschen, als eine göttliche Weltordnung, die wir gegen Umsturzwünsche mit allen Mitteln aufrechterhalten wollen. Ein wirklicher Unterschied besteht zwischen uns nicht; sie sind Fleisch von unserem Fleische, sie gehören wie wir der großen Familie aller ausbeutenden Klassen an.“

Hätte der Minister in solcher Weise geredet und ganz offen die innersten Gefühle der englischen Bourgeoisie ausgesprochen, so hätte er aller Welt die Wahlverwandtschaft klargemacht, die den englischen Liberalismus immer zum Faschismus hinneigen ließ. Dann hätte er zugleich den Proletariern klargemacht, daß der Kapitalismus, der um den bloßen Gewinn in Fabriken und Bergwerken die Menschen zu Tausenden zerreißen und verderben läßt, von einer wirklichen Kultur, wie wir sie verstehen, kaum weniger weit entfernt ist als die russische Blutherrschaft. Aber gerade deshalb durfte er so nicht reden. Und gerade deshalb entrißte sich ein Teil der Bourgeoisie über die barbarischen Natur des Kapitalismus ist. ap.

19. Internationaler Bergarbeiterkongreß.

IV.

Paris, den 11. Juni.

Den Vorsitz führt Cabrot. Zur Verhandlung gelangen die Anträge der Deutschen, Franzosen und Belgier auf Verstaatlichung der Bergwerke.

Der Antrag Deutschlands und Oesterreichs lautet: „Die Verstaatlichung (Nationalisierung) der Bergwerke ist erforderlich, um den Gewinn der Nation zu sichern und um allen Staubbau in den Gruben zu verhüten. Den Arbeitern muß aber das völlig freie Koalitionsrecht gesichert sein.“

Die französische Resolution lautet: „Nach unsterblicher Zeugung sollte den Privatpersonen keine Konzession zur Ausbeutung der Gruben erteilt werden; das nationale Interesse erfordert deren Ausbeutung zum Nutzen der ganzen Nation.“

Der belgische Antrag lautet: „Der Kongreß bricht die Ueberzeugung aus, daß Konzessionen zur Ausbeutung der Gruben nicht an Privatpersonen erteilt werden sollten, welche diese Gruben einzig zu ihrem Vorteil und zum Nachteil der Industriearbeiter im allgemeinen und der Konsumenten im besonderen ausnützen. Wenn die Gruben zum Nutzen der ganzen Gesellschaft ausgebeutet würden, so würde dies für das Land von großem Vorteil sein.“

Die deutsche Resolution wird von Jansche (Verband der Bergarbeiter) begründet: Die Kohlen sind Naturgüter, die der Allgemeinheit, dem Staat, und nicht einzelnen gehören dürfen. Sie stellen ungeheure Werte dar und ihre Ausbeutung ergibt riesige Gewinne, die bisher dem Staat entgangen sind. So haben im Jahre 1908 19 Bergwerksgesellschaften im Ruhrbezirk 72 000 000 Mk. Dividende verteilt, 41 305 000 Mk. sind zu Abschreibungen verwendet und 11 632 000 Mk. in einen Spezialreservefonds gelegt worden. Nur 2 Prozent darunter gaben 8 Prozent Dividende, alle übrigen mehr, ja eine 45 Prozent. Auch die Braunkohlenindustrie wirft große Gewinne ab und ebenso der Palibergbau. Ein Kaliverk, die Deutsche Solway-Gesellschaft, hat mit ihren 40 Millionen Mark Anlagekapital 67 500 000 Mk. von 1897 bis 1908 verdient. Ebenso rentabel ist der Bergbau in Oberschlesien. In Preußen herrscht Bergbaufreiheit, die erst jüngst etwas beschränkt worden ist, daß dem Staat 250 Grubenfelder vorbehalten worden sind. Die einst verstaatlichten Grubenfelder muß der Staat zurückkaufen. Eine Bohrergesellschaft hat in zwei Jahren jedes Jahr 500 Proz. Dividende verteilen können. Für die Verstaatlichung der Bergwerke spricht weiter der Umstand, daß jetzt das Privatkapital Rechen, die noch zwei Menschenalter Kohle geliefert hätten, still legt, weil der Betrieb in ihnen nicht so rentabel ist, wie anderwärts. Durch Zusammenlegung der kleinen Felder könnte der Staat die Rentabilität erhöhen. Nun wird eingewendet, daß der Staatsbetrieb die Freiheit der Arbeiter einschränken werde. Aber da ist die Kontrolle im Landtag, in den jetzt unter dem

Reihe Bernhard, B. C. Behm und Schelius nebeneinander. Wenn sie an einer Straßenlaterne vorüberkamen, betrachtete Schelius die stattliche Gestalt des jungen Mädchens, das wurde jedoch niemand gewahr. Er redete immerzu und allen zum Munde. Er lobte die Großartigkeit und Sicherheit des Postwesens, er verdamnte die Warenhäuser, die dem kleinen Kaufmann den Verdienst wegnahmen, und als der Alte darauf zu sprechen kam, daß alles besser würde, wenn Roggenstebd erst Kriegshafen wäre, rief er begeistert: „Ja, das ist eine wahrhaft geniale Idee! Die ist Gold wert! Nein, Herr Behm, und darauf sind Sie gekommen?“ — „Ja, ja,“ schmunzelte der Alte, „nicht wahr? Das ist ein Gedanke!“ — „Den müssen Sie durchführen,“ sagte Schelius erregt, „das ist eine hohe Lebensaufgabe. Darauf wird Segen ruhen!“

Als sie vor B. C. Behms Hause stehen blieben, fragte er: „So? Hier wohnen Sie? O die Firma kenn ich. Ich habe mir schon oft Ihr Schaufenster gesehen. Ich finde, es ist immer geschmackvoll dekoriert. Und Sie haben wirklich die neuesten Artikel. Ich verstehe mich darauf aus meiner früheren Praxis.“ — Er nahm ehrerbietigen Abschied und bedankte sich, daß sie dem Jünglingsverein die Freude gemacht hätten hinzukommen, und daß er sie habe begleiten dürfen. — „Es war so anregend.“

Die Familie sah noch ein paar Minuten im Wohnzimmer. — „Ein netter Mann,“ sagte Frau Behm. — „Er hat Verständnis,“ meinte B. C. Behm mit Ueberzeugung. — „Bischen fromm, aber das gibt sich, wenn er in die richtigen Hände kommt,“ urteilte Bernhard, dem der Oberpostassistent noch angenehm in den Ohren klang. Und auch Anna hatte nichts gegen Herrn Schelius einzuwenden, weil er ja ein gefestigter Charakter war.

[Fortsetzung folgt.]

schlechten Wahlrecht 6 Sozialdemokraten eingezogen sind. Die preussische Arbeiterkassier wird sich das gleiche Wahlrecht zu erkämpfen wissen. Dann wird auch das Koalitionsrecht besser geschützt sein. Von der Freizügigkeit ist schon jetzt für den Bergarbeiter keine Rede. Das Lamento der Besitzenden über den Raub ihres Eigentums, wenn die Bergwerke verstaatlicht werden, soll uns nicht stören. Es wird nur zurückgenommen, was ihnen widerrechtlich gegeben worden ist. Hier gilt das Wort Wallensteins: „Gegonnen ein gemeiner Frevel — vollführt ein unsterbliches Unternehmen!“ (Rebhafter Beifall.)

Sozialisten (Polen): Wir polnischen Bergarbeiter sind im Prinzip mit der Verstaatlichung einverstanden, nicht aber mit der Verstaatlichung durch Preußen. Damit würden wir dem preussischen Staate eine gefährliche Handhabe gegen uns in die Hand geben. (Hört, hört!) Wir können also nicht für den Antrag stimmen. Es ist ja bekannt, wie wir Polen in Preußen behandelt werden. Die Enteignungsvorlage trifft hauptsächlich die Arbeiter. Der vertriebene polnische Landbesitzer kann sich anderwärts Land kaufen, was aber sollen die auf den Gütern beschäftigten polnischen Landarbeiter anfangen? Sie müssen nach Rheinland und Westfalen auswandern. Dort brüden die Unorganisierten die Löhne herab. Das schlimmste ist der § 7 des Vereinsgesetzes. Die Unternehmer des Ruhrbeziers, die ihn in erster Linie verlangt haben, wußten schon, was sie wollten. Wird den Polen der Gebrauch der Muttersprache in den Versammlungen verboten, dann kommen wir nicht an die Unorganisierten heran und sie bleiben billige und wüßige Arbeitskräfte. (Beifall der englischen Delegierten.) Nun hat Staatssekretär von Bethmann-Hollweg erklärt, daß der § 7 auf Gewerkschaften keine Anwendung finden solle. Wir haben uns nun an die Regierungspräsidenten von Arnberg, Düsseldorf und Münster unter Berufung auf dies Versprechen mit der Bitte gewendet, die polnische Sprache für Gewerkschaftsversammlungen in ihren Bezirken zuzulassen. Nur der Regierungspräsident von Arnberg hat bis heute geantwortet, und er hat unsre Bitte abgelehnt. (Stürmische Hört, Hört-Rufe.) Daß wir zu einem solchen Staate kein Vertrauen haben, werden sie begreifen.

Jarolin-Oesterreich tritt für die deutsche Resolution ein. Choquet-Frankreich unterstützt gleichfalls den deutschen Antrag. Schon 1903 haben Wash und Vandin die Verstaatlichung der Bergwerke in der Kammer beantragt, der Antrag wurde aber von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. In Courrières wollten am Morgen des großen Unglücks die Ingenieure die Arbeiter wegen drohender Gefahr nicht in die Grube steigen lassen, die kapitalistische Zeitung aber zwang aus Habgier die Arbeiter, in den Tod zu gehen. Auf Grund der bestehenden Gesetze könnte die französische Regierung jetzt alle schlecht verwalteten Gruben verstaatlichen. Wäher aber war es mit der Verstaatlichung nichts.

Desjardins-Belgien glaubt, daß die Bergarbeiter in Staatsbetrieben höhere Löhne und bessere und stabilere Arbeitsbedingungen erlangen und auch besser den Betrieb kontrollieren könnten, als im Privatbetrieb. Die Verstaatlichung der Bergarbeiter sei ein Schritt in der Richtung auf die sozialistische Gesellschaft. (Bravos!)

Gilmour-Schottland: Die englische Delegation ist einstimmig für die Nationalisierung, aber sie legt das Hauptgewicht in der Begründung darauf, daß die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter in den Privatbetrieben größer sind, als in den Staatsbetrieben. Das Privatkapital sucht nur Profit und verhindert wirksame Schutzmaßnahmen; das Leben der Arbeiter wird vergessen. Freilich sind die Erfahrungen gerade in den preussischen Staatsbetrieben mit ihren niedrigen Löhnen nicht gerade ermutigend. Jedenfalls würde der Staatsbetrieb viel rationeller sein, als der Privatbetrieb. Zur Stunde ist die Frage für England noch nicht von praktischer Bedeutung. Würde doch der Erwerb der Privatgruben dem englischen Staat 600 Millionen Pfund Sterling kosten, wenn die Besitzer entschädigt werden sollten. Die gegenwärtigen Verhältnisse existieren aber nur, weil die Arbeiter selber es so wollen. Sie sind es ja, die immer noch kapitalistische Vertreter ins Parlament schicken, wo diese Gesetze gegen die Arbeiterklasse schmieden. Wenn die Dinge ändern sich. Die englischen Arbeiter haben eine Arbeiterpartei geschaffen, in der Gewerkschaften und Sozialisten Hand in Hand arbeiten. Diese Partei ist in raschem Wachstum begriffen, und die Zeit wird herankommen, wo man zur Verstaatlichung der Bergwerke schreiten wird. Nur ein Parlament, in dem die Arbeiterklasse herrscht, kann an die Lösung dieser Frage denken. (Rebhafter Beifall.)

Die drei Resolutionen werden hierauf gegen die Stimmen der polnischen Delegation angenommen.

Es folgt als nächster Gegenstand

die Frage der Altersrenten.

Die englische Delegation beantragt folgende, von Stanley Mitglied des Unterhauses, begründete Resolution: „Der internationale Kongreß hält die Zeit für gekommen, daß die Regierungen aller Länder Anstalten zur Einführung von Altersrenten treffen.“ Der Referent nennt die Vorlage der englischen Regierung, 6 Millionen Pfund in den Etat einzustellen, woraus mit bestimmten Einschränkungen an Leute von über 70 Jahren 6 Schilling wöchentlich, für Ehepaare 7.50 Schilling, aus Staatsmitteln ohne Beitragsleistung gezahlt werden sollen, eine Abschlagszahlung, die als Anerkennung des Prinzips der Staatsfürsorge zu betrachten sei. (Beifall.)

Die französische Delegation macht durch Bartuel folgende Vorschlag: „Die Bergarbeiter sollten mit dem fünfzigsten Lebensjahr und nach fünfundsanzwanzigjähriger Dienstzeit eine Altersrente von nicht weniger als 2 Frank den Tag erhalten; bei vorzeitiger Arbeitsunfähigkeit sollte eine angemessene Rente gezahlt werden.“

Die Belgier beantragen schließlich folgende Resolution: „Die Gerechtigkeit verlangt, daß den Bergarbeitern Altersrenten gewährt werden; diese Renten sollten nach 25jähriger Arbeit in den Gruben gezahlt werden und nicht weniger als 600 Frank (480 Mk.) jährlich betragen. Die Rente sollte vom Staat gesetzlich festgelegt werden und der Staat, die Arbeiter und Unternehmer Beiträge leisten.“

Cabrot, der diesen Antrag begründet, regt gleichzeitig im Namen der Belgier an, zu den künftigen internationalen Kongressen auch die Nationen zu laden, die im internationalen Komitee noch nicht vertreten sind. Er beantragt weiter, den französischen Bergarbeitern den Glückwunsch des Kongresses zu ihrer Einigung auszubringen.

In der Debatte gibt Langhorst (Deutschland) eine kurze Darstellung der deutschen Anhaben- und Altersversicherung, deren Unzulänglichkeit er nachweist. Daß Deutschland an der Spitze der Sozialreform marschiere, sei eine offizielle Lüge. Nicht der Arbeiterfreundlichkeit der herrschenden Klassen verdanke die Sozialgesetzgebung ihre Entstehung, sondern ihrer Furcht vor dem Sozialismus und dem Bestreben, die Arme in Laßen anders zu verteilen.

Die drei Resolutionen werden hierauf einstimmig angenommen.

Weiter liegt zur

Versicherungs-gesetzgebung

folgende Resolution der Belgier vor: „Die Arbeitgeber müssen für die in den Bergwerken vorkommenden Unfälle verantwortlich gemacht werden. Jeder Ar-

* Gegenwärtig wird dem französischen Bergarbeiter durch Gesetz von 1904 eine Altersrente von 65 Centimes täglich gewährt, wenn er 55 Jahre alt geworden und 80 Jahre im Bergwerk gearbeitet hat.

er es nannte, nicht behaglich. Er rückte auf seinem Stuhl umher. Das merkte Schelius und beilte sich, auch auf den Herrn Postassistenten einen günstigen Eindruck zu machen: „Natürlich bin ich der Lebensfreude nicht abgeneigt. Im Gegenteil. Ich meine sogar, daß jeder junge Mensch sich gewissermaßen ein bißchen austoben muß. Aber selbstverständlich darf dies nur in streng christlichem Wandel geschehen. Man hat hier in Roggenstebd leider nur wenig Gelegenheit, mit wahrhaft gebildeten Menschen zu verkehren. Das entföhre ich sehr.“ — „Das ist es eben,“ pflichtete ihm Bernhard lebhaft bei, „aber wissen Sie, ich habe doch einen ganz netten Kreis gefunden. Wenn ich Sie vielleicht an unserm Stammtisch einführen darf? Da kommt sozusagen alles, was ein bißchen was Besseres ist, zusammen.“ — Es tat ihm wohl, den Proletoren spielen zu können. — „Sehr gut, sehr gut, Herr Oberpostassistent,“ dankte ihm Schelius. „Wenn es meine Zeit erlaubt, komme ich gern. Ich habe freilich in meinen freien Stunden viel für den Jünglingsverein zu tun, und ich tu es gern, wenn ich auch manchmal Undank ernte. Man müht sich eben nicht für äußere Anerkennung ab.“ — Damit traf er eine verwandte Saite in des Alten Seele. — „Ja, so ist es,“ sagte B. C. Behm. „Wer für die Allgemeinheit arbeitet, der hat es oft schwer. Was hab ich schon alles erleben müssen.“ — „O, das bedauere ich von Herzen,“ meinte Schelius.

Da wurde ihr Gespräch unterbrochen. Pastor Borchert hatte sein ständiges Gläschen aus, man sang noch ein Lied, der Abend wurde mit einem herzlichen Segenssprüche geschlossen, und die alten Kleinen Lehrerinnen packten ihr Strickzeug zusammen. Alles ging befriedigt nach Hause. — Es traf sich aber, daß Schelius sich der Familie Behm anschloß und sie begleitete. Frau Behm und Anna gingen voran, und dahinter schritten in einer